

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 25

Artikel: Ein Fall aus China : wie Hsing Yung-tji um die Privatparzelle kämpfte
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094165>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Arbeit in den Hoflandbetrieben doppelt so gross ist wie in der kollektivierten Landwirtschaft. Das bestätigt auch Akademiemitglied Tichonow: «Der Arbeitslohn auf dem privaten Hofland ist ... höher als in der Kollektivwirtschaft.»

Auf den ersten Blick mag diese höhere Produktivität der Nebenwirtschaft überraschen, besonders wenn man bedenkt, dass:

— die Mechanisierung der Kleinbetriebe ungenügend ist;

— die dabei beschäftigten Personenkategorien (Mütter von kinderreichen Familien, alte Frauen, Rentner, Jugendliche) bestimmt nicht zu den produktionsstarken sozialen Gruppen gehören;

— die ursprüngliche Bodenqualität der Hoflandbetriebe oft bedeutend schlechter als die des Kolchoslandes ist.

Landarbeiter oder «Liebhaber»

Eine Erklärung finden wir auch dafür bei Tichonow: «Dieses Brachland, die Sandgruben und das stark coupierte Gelände, das für den Einsatz der grossen technischen Mittel ungeeignet ist, wird von Liebhabern in blühende Landstücke verwandelt.»

Milliarden Rubel werden jährlich in die Landwirtschaft, und zwar nicht in die privaten Hoflandbetriebe, sondern in die Sowchosen (Staatsbetriebe) und Kolchosen (Kollektivwirtschaften) investiert. Allein im Jahre 1976 erhielt die Landwirtschaft 380 000 neue Traktoren und 100 000 neue Mähdrescher. Und das Ergebnis: eine zweimal niedrigere Leistung als in den privaten Hoflandbetrieben und entsprechend niedrigere Arbeitslöhne in den Kolchosen. Uebrigens beträgt das reale Pro-Kopf-Einkommen einer Bauernfamilie nur 85% des Realeinkommens der städtischen Arbeiter und Angestellten.

Auf der einen Seite also eine von Staat und Partei unterstützte kollektivisierte Landwirtschaft mit dem gewaltigen Industriepotential des Landes im Hintergrund, auf der andern Seite die kleinen Nebenwirtschaften, die oft Mühe haben, Düngemittel und Saatgut zu erhalten, aber mit doppelt so grosser Produktivität arbeiten. Offenbar haben die Parteitheoretiker den Faktor «Mensch» vergessen, und offensichtlich kommt es eben darauf an: dort Landarbeiter, ohne nähere Beziehung zum Land, und hier «Liebhaber» mit ihrem besonderen Verhältnis zum eigenen Landstück.

Praktische Forderungen

Akademiemitglied Tichonow plädiert nicht nur für Duldung des privaten Hoflandes, sondern fordert, gestützt auf die grosse volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Nebenwirtschaften, eine tatkräftige Hilfe des Staates. Diese Unterstützung sieht er so:

— vermehrte Erzeugung von landwirtschaftlichen Kleinmaschinen (Kleintraktoren, Kleinmotormäher usw.);

— ausreichende Versorgung der privaten Hoflandbetriebe mit Düngemitteln, Zuchtvieh, Qualitätssamen, Setzlingen, Herbiziden;

— Bereitstellung von Transportmitteln für die Bedürfnisse der Nebenwirtschaften;

— gezielte Bautätigkeit auf dem Lande in der Form von traditionellen Bauernhäusern mit Hofland anstelle der jetzt oft gebauten vielstöckigen Wohnhäuser, denn, so schreibt Tichonow: «Man darf den Bauern nicht von der Natur und vom Land trennen.»

Keine freie Debatte, sondern Ausfluss unentschiedener Rivalitäten

Die geschilderte Konfrontation zwischen den Theoretikern und Praktikern der Landwirtschaft ist nicht mit einer echten demokratischen Diskussion zu verwechseln. Sie ist genau so zu beurteilen wie die auf verschiedenen andern Gebieten feststellbaren Verschiedenheiten, ja Gegensätzlichkeiten der Kremführung. Ähnliches kann man in Fragen der Militärstrategie, bei der Behandlung von Andersdenkenden, bei der geschichtlichen Beurteilung der Rolle Stalins, in der Religions- und Kulturpolitik feststellen. Es handelt sich in den meisten Fällen um tatsächlich bestehende unterschiedliche, manchmal nur taktisch bedingte Ansichten der verschiedenen rivalisierenden Parteiführungsgruppen bei gleichzeitigem Fehlen einer absoluten Autorität. ■

Früher «Uebergangslösung»

Ueber Nebenwirtschaften können in der Sowjetunion sowohl die Kolchosbauern und die Sowchosarbeiter verfügen als auch einige weitere Bevölkerungskategorien. Es handelt sich um privat bebaute Parzellen, deren maximale Grösse je nach Gebiet zwischen 0,25 und 0,50 Hektaren variiert. Die betreffenden Familien können sie zunächst für ihre eigene Versorgung an Gemüse, Obst und Fleisch brauchen, darüber hinaus aber auch die Ueberschüsse in den Städten auf den sogenannten Kolchosmärkten frei verkaufen.

Ursprünglich waren die Nebenwirtschaften als vorübergehende Erscheinung verstanden worden. Man hatte sie nach der kommunistischen Machtergreifung ins Leben gerufen, um die Versorgung nicht zusammenbrechen zu lassen. Nach offizieller Auffassung – die in inoffiziellen Rückzugsgefechten noch heute besteht – sollten sie dank der Erstarbung der Kollektivwirtschaft abgebaut werden oder von selbst verschwinden.

Unterdessen sind die Nebenwirtschaften freilich so wichtig geworden, dass man sie institutionalisiert hat und sie unterstützt. Ihren unverhältnismässig grossen Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion belegen wir separat mit neuen sowjetischen Angaben.

Der gleiche Prof. Wladimir Tichonow, mit dessen Plädoyer für die persönlichen Hofstellen sich unser heutiger Beitrag befasst, hatte 1977 den wertmässigen Anteil der Nebenwirtschaftsproduktion am landwirtschaftlichen Nationalprodukt für ein mittleres Erntejahr mit 28% oder 30 Milliarden Rubel angegeben (siehe ZB, Nr. 26/1977).

Heute unterstützt der Staat via Gewerkschaften auch die Schrebergärten (siehe ZB, Nr. 23/1978).

*

In China sind die Privatgärten, die man zur Zeit der «Viererbände» (Spätzeit Maos bis vor zwei Jahren) wütend bekämpft hatte, inzwischen rehabilitiert worden; sie sind kleiner als in der UdSSR. Die Angehörigen der Landwirtschaftlichen Volkskommunen können für sich auch Geflügel und Kleinvieh halten.

Wie Hsing Yung-tji um die Privatparzelle kämpfte

Ein Fall aus China

In China ist der Kampf um die Privatparzellen in den landwirtschaftlichen Volkskommunen grundsätzlich mit dem Sturz der «Viererbände» entschieden worden (siehe ZB, Nr. 8/1978), musste aber je nach den regionalen Gegebenheiten noch lange darnach gegen den Widerstand der lokalen Parteibehörden in der Praxis weitergeführt werden. Ein Beispiel dieser Auseinandersetzung, bei der es auch um die Interpretation des «demokratischen Zentralismus» geht, brachte die «Peking-Rundschau» diesen Herbst in ihrer Nummer 40/1978. Wir bringen den relevanten Teil.

(...) Im Frühjahr 1977 erteilte das Parteikomitee des Kreises Tsanghsiän (Provinz Hopeh) die Weisung, die Privatparzellen für Gemüseanbau abzuschaffen. Als das Parteikomitee der Kommune Yao-dschuangsi diese Frage diskutierte, traten die meisten Komiteemitglieder dafür ein, nach der Weisung des Kreispartei Komitees zu handeln. Der stellvertretende Sekretär des Kommunepartei Komitees Hsing Yung-tji und ein paar andere Mitglieder waren dagegen. Hsing meinte, in der

Verfassung sei festgeschrieben: Unter der Voraussetzung, dass der absolute Vorrang der Kollektivwirtschaft der Volkskommune gewährleistet ist, dürfen die Mitglieder der Volkskommune kleine Privatparzellen bewirtschaften. Deshalb sei der Gemüseanbau auf diesen Parzellen rechtmässig.

Im Parteistatut steht geschrieben: «Die gesamte Partei muss sich der Disziplin des demokratischen (Fortsetzung auf Seite 10)

Ein Fall aus China

(Fortsetzung von Seite 8)

Zentralismus fügen: Unterordnung des Einzelnen unter die Organisation, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Unterordnung der unteren Ebenen unter die höheren, Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee.» Entsprechend dem Prinzip «Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit» beschloss das Kommuneparteikomitee, die Privatparzellen aufzulösen. Hsing behielt seine Meinung bei, führte aber den Beschluss aus.

Im August 1977 dann verteilten einige Produktionsbrigaden der Kommune auf Drängen der Kommunebauern die Parzellen wieder. Als das Kommuneparteikomitee davon erfuhr, berief es erneut eine Sitzung ein, auf der vier von fünf anwesenden Mitgliedern auf dem alten Beschluss beharrten. Allein Hsing war auch dieses Mal dagegen. Das Parteikomitee enteignete dann die Parzellen. Auch diesmal hielt Hsing seine Meinung aufrecht, führte aber den Beschluss aus.

Im Parteistatut heisst es dazu: «Wenn ein Parteimitglied eine andere Meinung zu den Beschlüssen oder Weisungen der Parteiorganisation hat, ist ihm erlaubt, seine Meinung beizubehalten, es steht ihm das Recht zu, die Sache auf Parteiversammlungen zur Diskussion zu stellen, und es

hat das Recht, sich direkt an die höheren Organe bis zum Zentralkomitee und Vorsitzenden des Zentralkomitees zu wenden. Aber das Mitglied muss entschlossen nach diesen Beschlüssen und Weisungen handeln.» Hsings Verhalten entsprach voll und ganz den Anforderungen des Parteistatuts und war völlig korrekt.

Doch das Kreisparteikomitee duldete seine Meinung nicht. Ohne zu untersuchen, ob Hsings Meinung richtig oder falsch war, versteifte es sich eigensinnig darauf, Hsing vertrete «den Weg des Kapitalismus», und befahl ihm immer wieder auf kleinen und grossen Sitzungen Selbstkritik zu üben und die Kritik der anderen anzunehmen. Es beschloss sogar, eine Verwarnung auszusprechen.

Hsing gab nicht nach und betonte: «Ein Kommunist muss sich die Meinungen der Volksmassen anhören. Meine Ansicht entstammt den Wünschen der Kommunemitglieder und entspricht auch der Parteipolitik.» «Wenn das eben der Fall ist, ist es dann erlaubt oder nicht, unterschiedliche Meinungen auf einer parteiinternen Diskussion zu äussern? Muss ein Kommunist auf Parteilichkeit und auf den Parteiprinzipien beharren oder nicht?»

Das Vorgehen der Kreis- und Kommuneparteikomitees wirkte sich negativ auf die Kader und Kommunemitglieder aus. Im Frühjahr dieses Jahres wurde dann dieses Problem erneut aufgeworfen. Im Zuge der Berichtigung des Arbeitsstils (Studium des Marxismus, Entfaltung von Kritik

und Selbstkritik) wurde das politische Bewusstsein der Mitglieder des Kreisparteikomitees erhöht und beschlossen, Hsings Bestrafung aufzuheben. Der Erste Sekretär des Komitees gab seinen Fehler zu. Ausserdem überprüfte das Komitee noch seine Fehler bei anderen Problemen, wodurch der demokratische Zentralismus verletzt worden war, und übte Selbstkritik. Dies wurde von den Massen begrüsst.

Dazu brachte die «Renmin Ribao» den Kommentär «Die demokratischen Rechte der Parteimitglieder müssen gewährleistet werden». Im Artikel heisst es: «Innerhalb der Partei und unter dem Volk müssen die demokratischen Rechte wirklich existieren; es muss erlaubt sein, unterschiedliche Meinungen zu äussern und entsprechend dem Parteistatut die eigene Meinung beizubehalten. Wird dies unterbunden, wie kann man da von Demokratie sprechen?»

«Als Lin Biao und die ‚Vierbande‘ ihr Unwesen trieben, verfolgten und unterdrückten sie jene, die sich ihnen widersetzen. Manche leitenden Kader, die von der Ideologie Lin Biaos und der ‚Vierbande‘ vergiftet wurden, waren an ‚Alleinherrschaft‘ und ‚Patriarchat‘ gewöhnt. Sie liebten nur Schmeicheleien, lehnten jede Kritik ab und unterdrückten sogar Andersdenkende.»

Im Artikel wurde abschliessend betont: «In einer Situation, da der Vorsitzende Hua und das ZK der Partei die gute Tradition der Partei energisch wiederbeleben, ist es absolut unzulässig, die Demokratie zu ersticken.»

Im Namen von Schrift und Bekenntnis rief die evangelische Kirche in den dreissiger Jahren — das kurze braune Jahrtausend unserer Geschichte war gerade angebrochen — zum Widerstand gegen eine Macht, die angetreten war, um mit der Kirche um die Seelen der Menschen zu ringen. Die «deutschen Christen», die die geglättete Synthese zwischen der Botschaft des Evangeliums und der Rassenideologie der Herrschenden vortäuschten, verlangten von der evangelischen Kirche den theologischen Gleichschritt mit dem braunen Parteiprogramm, postulierten ein «positives Chri-

Zitiert...

stentum», verharmlosten den gesamten dogmatischen Bereich als überflüssig, reduziert, was die Kirche zu sagen hatte, auf einen diffusen sozialetischen Anspruch zugunsten des Volkes und der Volksgenossen und forderten, ein Christ müsse notwendigerweise zugleich auch Nationalsozialist sein können, mithin sein.

Viel Zeit ist nicht vergangen seither. Und gewandelt hat sich kaum etwas von jenen Ansprüchen an die evangelische Kirche, «nur» der Inhalt. Nicht mehr Nationalsozialist soll der Christ sein können; er soll Sozialist sein.

«Deutschland-Magazin»,
Prien, 6. 11. 1978

In Kürze

Den Heizstoffverbrauch im Griff zu behalten, empfiehlt sich überall, und in Polen tut man dafür ein mehreres. Man hat dort bestimmte Normen aufgestellt, die ihn für Institutionen, Betriebe und Individuen regeln. Und weil inzwischen einige dieser Verbrauchsnormen überholt sind, hat man gleich alle überprüft, nämlich alle 1,4 Millionen («Zycie Warszawy», Warschau, 15. 11. 1978). Wenn man sie in der Bevölkerung erst einmal auswendig kennt, wird die Sache bestimmt klappen.

*

5000 Taxichauffeure in Moskau werden vor der Eröffnung der Olympischen Spiele 1980 Sprachkurse besuchen, um ihre Fahrgäste auf englisch, französisch, deutsch und spanisch bedienen zu können. Ähnliche Lehrgänge gibt es auch für das Bedienungspersonal von Gaststätten sowie für 3000 Handelsangestellte.

*

Einen längeren Artikel hat die georgische Partei- und Regierungszeitung «Sarja wostoka» (Tbilissi, 19. 11. 78) der «Woche der Sowjetunion» gewidmet, die vom 25. 10. bis zum 5. 11. 78 in der Schweiz stattgefunden hat. Bei dieser traditionellen Woche wurde die UdSSR dieses Jahr durch Grusinien (Georgien) vertreten. Nach einem Ueberblick über folkloristische Veranstaltungen berichtet der Korrespondent S. Swani von einem Besuch bei der Fachgruppe für georgische Sprache an der Universität Zürich. Die Forscher hätten mit der Uebersetzung georgischer Literatur und mit der Herausgabe von Wörterbüchern und

Lehrgängen verlegerische Initiative entwickelt und wissenschaftlich-schöpferische Arbeit geleistet. Die Begegnung mit ihnen sei «tief beeindruckend» gewesen.

*

Ueber die Autonomiebestrebungen der abchasischen Volksgruppe in Georgien hatten wir diesen Sommer (ZB, Nr. 14/78) berichtet. Moskau hatte sich damals auffälligerweise für die Rechte dieser Minderheit eingesetzt, offenbar um den Georgiern indirekt ihre nationalistischen Kundgebungen dieses Frühjahrs heimzuzahlen. Hat man das

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)